

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Ergebnis der Pariser Besprechungen.

wünscht Teilnahme an künftigen Verhandlungen.

der Pariser Presse. — „Einigung über das Ziel, aber nicht über die Methode.“

(nach dem Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 20. September.

Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode. Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode. Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode.

Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode. Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode.

Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode. Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode.

Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode. Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode.

Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode. Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode.

Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode. Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode.

Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode. Die Pariser Presse ist mit dem Erfolg der Ministerkonferenz sehr zufrieden. In allen Zeitungen ist es zu lesen, dass zwischen Frankreich und England gestern neues Interesse über die Methode.

trauten Freunde der französischen Regierung das Geseinnis nicht allzu sorgfältig gewahrt worden ist; man hat ihnen nicht nur Einzelheiten über die Unterredung mitgeteilt, sondern auch gesagt, wie diese Details zum Nutzen der französischen Politik ausgedrückt werden sollen. Ueber das Communiqué wurde auf der englischen Botschaft gesagt: „Wir wollen nicht auf einzelne Fragen eingehen, um nicht zu Kommentaren Anlaß zu geben, die den allgemeinen Eindruck abschwächen könnten. Irdenwelche geheimen Entscheidungen oder bestimmte Entschlüsse sind nicht gefaßt.“

Die Auffassung in Berlin.

Der Standpunkt der Regierung.

Die aus Paris hier eingelaufenen Meldungen über den Verlauf der Unterhaltung zwischen den Ministerpräsidenten Englands und Frankreichs lassen bisher noch keinen absehbaren Gesamtindruck zu. Die Politik der deutschen Regierung geht unterdessen nach wie vor darauf hinaus, die Festlegung einer Verhandlungsbasis für die Lösung des Ruhrkonfliktes und weiter des gesamten Reparationsproblems zu erreichen. Dabei erscheint es notwendig die bisherigen Teile der deutschen Desentitätlichkeit, die jetzt vielfach die Reichsregierung zum Handeln drängen zu müssen glauben, darauf hinzuweisen, daß derartige gewaltige Probleme, wie die zur Diskussion stehenden, sich nicht von heute auf morgen lösen lassen. Zur Erreichung des der deutschen Politik vorstehenden Zieles ist es notwendig, die freie wirtschaftliche Tätigkeit des Ruhrgebietes vorzubereiten. Der praktische Erfolg der Bemühungen des Reichsfinanzministeriums hängt aber naturgemäß nicht allein von der deutschen Regierung selbst ab, sondern zum großen Teil auch von den Handlungen der Alliierten selber. Weder läßt sich eine Befriedung des Ruhrgebietes, noch eine Wiederaufnahme der Tätigkeit — auch nur für ein kurzes Provisorium — erreichen, wenn nicht eine Umänderung der gegenwärtigen Zustände in diesen Gebieten durchgeführt wird. Es ist unbedingt notwendig, daß die Verwaltung wieder in die Hände der deutschen Beamten gelegt, daß sich das wirtschaftliche Leben der deutschen Gebiete wieder freientfalten und daß ein unbehinderter Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete erfolgen kann. Es ist wohl selbstverständlich, daß sich keine deutsche Regierung an den Verhandlungstisch setzen könnte, während viele tausend Deutsche noch von Hunger und Not vertrieben sind und in Gefangnissen eingekerkert bleiben. Ist der oben erwähnte Zustand mit Befriedigung wieder hergestellt, so wäre dies die Voraussetzung dafür, daß durch effektive deutsche Zahlungen eine Lösung des Ruhrkonfliktes erreicht werden könnte, welche die Räumung des Ruhrgebietes in sich schließt.

In der Presse sind Nachrichten verbreitet, die von einem Aufbau des passiven Widerstandes und insbesondere von einem Kabinettsbeschluss der Reichsregierung wissen wollen, wobei das Kabinettsamt auf den Standpunkt gestellt haben soll, „Hilfsweise einwilligen, daß die alten Regierungsverordnungen, die feinerzeit für das Ruhrgebiet erlassen worden waren, denselben nicht mehr beachtet würden“. Dazu können wir nach Erkundigungen an zuständiger Stelle mitteilen, daß an dieser ganzen Meldung kein wahres Wort ist. Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Lage darf nicht vergessen werden, daß es zwar das Bestreben der Reichsregierung ist, eine Verhandlungsbasis zu schaffen, daß es jedoch augenblicklich noch gänzlich ungewiß ist, ob es tatsächlich zu internationalen Unterhaltungen kommen wird. Bei den Beratungen der Reichsregierung hat naturgemäß auch die rechtliche Seite der Ruhrbesetzung Gegenstand von Unterhaltungen gebildet. Nach unserer Kenntnis der Dinge geht die Auffassung der Reichsregierung dahin, daß sie sich, auch wenn es zu den internationalen Besprechungen kommen sollte, niemals dazu bereit finden würde, in irgend einer Form die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung anzuerkennen. Dabei sei bemerkt, daß diese Rechtmäßigkeit sogar von England in einer offiziellen Note bekräftigt besprochen worden ist.

An die Reihe nach Paris des Berliner Vertreters der Reparationskommission Saguenin sind mehrfach Vermutungen geknüpft worden, die als unzutreffend bezeichnet werden müssen. Saguenin hatte keinerlei Mission; vielmehr galt seine Reise lediglich schwebenden Reparationsfragen. Was die ebenfalls in letzter Zeit mehrfach wiedergegebenen Meldungen von der Befragung des Botschafterpostens in Paris und des Gesandtenpostens in Brüssel betreffen, so hat die Reichsregierung, wie wir bereits mitteilen, so weit das Personelle der Angelegenheit in Frage kommt, sich mit dieser Angelegenheit bereits beschäftigt, doch steht sie auf dem Standpunkt, daß eine Ernennung erst dann Zweck hätte, wenn die Möglichkeit zu Verhandlungen gegeben sein würde.

Neuerdings wird davon gesprochen, daß eine belgische Vermittlungsaktion im Gange sei. Wie wir dazu hören, ist es allerdings Tatsache, daß die belgische Regierung sowohl in Berlin wie in Paris eifrig bemüht ist, in dem Ruhrstreit zu vermitteln. Auch steht es fest, daß die deutsche Regierung dieser Vermittlung nicht unympathisch gegenübersteht, während andererseits Herr Poincaré sich ablehnend verhält. Immerhin scheinen die Vermittlungsversuche der Belgier nicht aufgegeben zu sein; noch am gestrigen Tage sprach der hiesige belgische Gesandte auf dem Auswärtigen Amt vor, und es ist anzunehmen, daß es sich hierbei nicht lediglich um einen Höflichkeitsschritt gehandelt hat. Ob die Vermittlung inzwischen fortgeschritten ist, mag dahin gestellt bleiben. Letztendlich ist die Angelegenheit er verknüpft mit der Unterredung Baldwin's mit Poincaré, deren Endresultat natürlich auch auf etwaige Vermittlungsversuche von entscheidendem Einfluß ist.

England und Deutschland.

Baldwin und seine Gegner. — Der Völkerverbund — Die Arbeitslosigkeit. — Die britische Reichskonferenz.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Kurt v. Stutterheim.

London, 18. September.

Eine Frage, der man hier immer wieder begegnet, ist die: „Ist Englands Stern im Sinken?“ Das in politischen Dingen so feinerwache englische Volk ist nicht unberührt davon geblieben, daß England heute schwächer und ohnmächtiger dasteht als seit Jahrhunderten. In der Welt ist es von Amerika überlagert, in Europa von Frankreich. Der kanadier Bonar Law konnte seine Untätigkeit noch damit verteidigen, daß ihm grundsätzlich an Europa weniger lag als an den Dominions. Seitdem aber hat Baldwin in unzweideutiger Erklärung, daß England ohne die Wiederherstellung geordneter Zustände in Europa nicht gedeihen könne. Er hat im Interesse des Friedens Note über Note verfaßt, die Ruhrbesetzung verurteilt und mit einem selbständigen Vorgehen Englands gedroht. Dies alles verhindertere Baldwin nicht, ruhig und unbeirrt seines Weges zu gehen und vor allem die Verhandlungen bis in die gefährliche Nähe des Winters hinzuschleppen. Die englische Regierung sagte wohl A, aber niemals B, und als die ganze Welt das entscheidende Wort erwartete, ging sie in die Ferien.

Es wäre jedoch ungerathet, die Schwierigkeiten zu übersehen, die der Regierung Baldwin im Wege standen. Poincaré hat nicht nur die Majorität, sondern auch die Energie seines Landes hinter sich, während sich die französische Opposition in papierernen Protesten ergeht. Baldwin verliert zwar gleichfalls über die Majorität des englischen Volkes, dagegen sieht er sich, sowie er eine entschlossene Haltung in der Ruhrfrage einnehmen will, einer ungeliebten Minderheit gegenüber. Daß diese Minorität, der u. a. Mac Kenna angeführt werden mußte, der eigenen Partei des Premierministers angehört, macht die Lage nur noch schwieriger. Nicht genug mit der „Reuter-Delegation“, die durch den Vorstoß der alten Koalition in Minister gefährdet, die je erfolgloser sich die Politik Baldwin's gestaltet, um so mehr nach einem Zusammengehen mit den Lloyd-George-Liberalen drängen. Zum Sturz der Regierung Baldwin hat sich sogar Lord Birkenhead, bis vor kurzem der schroffste Gegner der französischen Gewaltpolitik, mit der „Daily Mail“ verbündet.

Unter diesen Umständen bildet sich hier die Nebezeugung heraus, daß die Regierung der unmittelbaren Auseinandersetzung mit Frankreich dadurch aus dem Wege zu gehen wünsche, daß sie die Diskussion nach Genf verlegte. Lord Robert Cecil in Genf und Baldwin im benachbarten Abgesandten schienen diese Vermutung zu bestätigen. Da aber kam der griechisch-italienische Zwischenfall, der die Lage mit einem Schläge veränderte und Poincaré unerwartete Trümper in die Hand brachte. Denn einmal tiefste Mussolini dem französischen Premierminister den denkbar erwünschtesten Präzedenzfall, jede Einmischung des Völkerverbundes in den Ruhrkonflikt abzulehnen, sodann aber kam es zu einer schweren Trübung der „historischen“ englisch-italienischen Freundschaft. Die sonst so gut disziplinierte englische Presse beging hierbei den Fehler, aus Liebe zum Völkerverbund sehr scharfe Worte gegen Mussolini zu gebrauchen, was sich die französische Propaganda in kein zurüch machte. Während man also im vorigen Monat hier kaum daran zweifelte, daß die Ruhr- und Reparationsfrage in Genf zur Sprache kommen werde, fragt man sich heute in englischen Kreisen voll Besorgnis, ob der Völkerverbund diese neue Belastungsprobe aushalten werde. Um so mehr wurde dann von der Zusammenkunft Baldwin's und Poincaré's in Paris gesprochen, ohne daß man freilich allzu große Hoffnungen hierauf setzte.

Wichtiger als der Völkerverbund und die Ministerbesprechung scheint deshalb die am 1. Oktober in London zusammen tretende britische Reichskonferenz zu werden, und zwar vor allem, weil bei dieser Gelegenheit eine Antwort auf die Frage gefunden werden soll: „Was können die Dominions zur Behebung der englischen Arbeitslosigkeit tun?“ Denn die Arbeitslosigkeit bleibt das große innenpolitische Problem Englands. Vor einem Jahr glaubte man über die schweren Zeiten hinweg zu sein, da sich auf allen Märkten eine leichte Wiederbelebung des Handels anzubahnte. Zum Triumph der Rothermere-Presse dauerte diese Aufwärtsbewegung auch nach der Befragung des Ruhrgebietes an, bis im Frühjahr der Rückschlag kam, dessen eigentliche Folgen sich erst jetzt geltend machen. Denn da damals die Kurztagebücher leer blieben, haben heute die Fabriken keine Arbeit. Es kam hinzu, daß außer dem sogenannten Dumping auch noch eine scharfe französische Preisunterbreitung einsetzte, und zwar in der besonders empfindlichen Textil- und Wollindustrie. Nichts wurde in allen Lagern der englischen Industrie der Ruf nach Protektion und Schutzschranken laut, wogegen sofort die Freihändler mobil machten. Der uralte Schatztrauf der englischen Konservativen und Liberalen: „Die Schutzoll, die Freihandel“ war somit wieder lebendig geworden.

So kommt es, daß man heute viel von Schutzschranken sowie von Vorzugszöllen hört, die englische Waren in allen Ländern des Weltreiches genießen sollen. Es sei hierbei daran erinnert, daß die Erzeugnisse des englischen Mutterlandes in den Dominions nicht e'w' Zollfrei sind. Denn die Dominions haben in den letzten Jahren eigene Industrien aufgebaut, die sie durch die Konkurrenz des Mutterlandes nicht vernichten lassen wollen. Die Dominions können somit England nur so weit entgegenkommen, daß sie seine Waren niedriger verjollen als die der nicht englischen Staaten. Was